



Aus gegebenem Anlass diesmal mit:
Sexarbeit und Flucht in Zeiten von Corona *** Vor 75 Jahren: Kriegsende *** Picasso ohne Publikum

ZEITUNG ALS PDF UNTER TERZ.ORG

**THE ADVENTURES OF
MARX-MAN
AND ENGELS-BOY**



Die Kapitalistenherrschaft kann nicht ungestraft sich das Vergnügen erlauben, epidemische Krankheiten unter der Arbeiterklasse zu erzeugen; die Folgen fallen auf sie selbst zurück, und der Würgeengel wütet unter den Kapitalisten ebenso rücksichtslos wie unter den Arbeitern.

Sobald dies einmal wissenschaftlich festgestellt war, entbrannten die menschenfreundlichen Bourgeois in edlem Wetteifer für die Gesundheit ihrer Arbeiter. Gesellschaften wurden gestiftet, Bücher geschrieben, Vorschläge entworfen, Gesetze debattiert und dekretiert, um die Quellen der immer wiederkehrenden Seuchen zu verstopfen.

MEW Bd. 18, S. 233

ANZEIGE

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

**Nah-
&
Fern-
Umzüge**

Pinienstr. 23a
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

SÄGEWERK ★ TRANSPORTE

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

TERZ IN TOWN:

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| HSD-AStA | Münsterstraße 156 |
| White Rabbit | Birkenstraße 126 |
| Regenbogenbuchladen | Lindenstraße 175 |
| Beethoven | Beethovenstraße 38 |
| Café Luso | An der Icklack 2 |
| Kulturbureau K4 | Kiefernstraße 4 |
| Zakk | Fichtenstraße 40 |
| Back-Eck | Apollinarisstraße 24 |
| Kassette | Flügelstraße 58 |
| Pitcher | Oberbilk Allee 29 |
| LiZe Hinterhof | Corneliusstraße 108 |
| SHD | Kopernikusstraße 53 |
| BiBaBuZe | Aachener Straße 1 |
| Tigges | Brunnenstraße 1 |
| Metropol | Binnenstraße 20 |
| Café Grenzenlos | Fronprinzenstraße 113 |
| Café Modigliani | Wissmannstraße 6 |
| Frida | Bilker Allee 4 |
| Blende | Friedrichstraße 122 |
| Frauenberatungsstelle | Talstraße 22-24 |
| Pauls | Düsseldorfer Straße 82 |
| Souterrain Kino im Muggel | Dominikanerstraße 4 |
| Destille | Bilker Straße 46 |
| Zum Goldenen Einhorn | Ratinger Straße 18 |
| Cinema | Schneider-Wibbel-Gasse 5-7 |
| Hitsville Records | Wallstraße 21 |
| FFT Kammerspiele / Jutta | Jahnstr. 3 / Kasernenstr. 6 |
| Waschsalon Rapido | Charlottenstr. 87 |
| WP8 | Worringer Platz 8 |
| Stadtbücherei | Bertha-von-Suttner-Platz |

Wo wir sind, ist OFFEN

idiotoreal

Jetzt schrauben wir also die TERZ wegen Corona schon zum zweiten Mal über den Wolken zusammen. Alle eintrudelnden Artikel landen in der Cloud, auf die jede/r von zuhause aus Zugriff hat. Der Redaktionsraum dagegen ist fast verwaist, was für ein Zeitungskollektiv eine besondere Herausforderung darstellt. An der einen oder anderen Stelle der Nummer dürften die Alleinstellungsmerkmale

dann auch auffallen. Aber nicht nur technisch hat das Virus seine Spuren hinterlassen. Inhaltlich kamen wir ebenfalls nicht an ihm vorbei. Wie schon im April beschäftigt die TERZ sich schwerpunktmäßig damit, welche verheerenden Auswirkungen die Pandemie auf die schwächsten Glieder der Gesellschaft hat. Dieses Mal widmet die Redaktion sich den Sex-Arbeiter*innen und den Migrant*innen in den Geflüchteten-Unterkünften (S. 6-8). Zudem werfen

wir noch einen genaueren Blick auf Laschets Lockerungsübungen, die er mit wissenschaftlicher Unterstützung in Heinsberg vorgeturnt hat (S. 9). Aber einen Ausblick auf bessere Tage, wenn die Museen wieder geöffnet haben, gibt es auch schon mal. Ein TERZ-Mitarbeiter war noch in der alten Zeit in der Picasso-Ausstellung der Kunstsammlung NRW und hofft mit seiner Rezension, dass sie am Grabbe-Platz vielleicht schon irgendwann im Mai wiederkehrt.

impressum Inhalt

Herausgeber: FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen
Erscheinungsweise: monatlich
Ausgabe: Nummer 305
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787
(Do.-Abend, sonst AB)
E-Mail: terz@free.de
Internet: http://www.terz.org

Bankverbindung:
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG
Kto.-Inh.: FgK e.V.
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

TERZ / FGK e.V.
Himmelgeister Str. 107a
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Auslieferung.

Leser*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum für Diskussion und Streitkultur!

VERMATSCHTES 4-5

*kurz und knapp:
geisel und moria, lotta lesen*

SOLIDARITÄT 6-8

*andere perspektiven aus der krise:
sexarbeit und flüchtlingsunterkünfte*

AM PRANGER 8

*„embedded science“:
laschets williger virologe*

KEIN VERGESSEN 9-11

*75 jahre nach der befreiung:
buchenwald war auch in düsseldorf*

NOISE OF ART 12-14

*ein wenig weichgespülter:
pablo picasso im k20*

BOOKS 14

*krawall und remmidemmi:
links leben mit kindern*

HSD-SEITE 15

*noch nicht abgesagt:
input und antifa-camp*

MULTIGE ZEITEN 16

*wer wo was wann warum wofür wogegen:
kleine übersicht, was trotzdem geht*



ANZEIGE

„Humanität ist nicht verhandelbar“

Wer die TERZ kennt, dürfte wissen, dass es nicht gerade zu unserer regelmäßigen Praxis gehört, Politiker*innen zu loben oder gar auch nur ein gutes Haar an ihnen zu lassen. Von Hohn und Spott bis kritischer Intervention ist alles drin im Repertoire der „Gegenöffentlichkeit“, für die die TERZ seit vielen Jahren steht. Format hat aber wohl, wer auch anders kann. Darum bricht uns auch kein Zacken aus der Krone, wenn wir lobend erwähnen, dass Oberbürgermeister Thomas Geisel (SPD) in seiner „Osteransprache“ ans Düsseldorfer Volk – zeitgemäß verbreitet via Facebook – mit klaren Worten ausgesprochen hat, was es kompromisslos zu verfolgen gilt: Düsseldorf hat Platz! Leave no one behind! Schafft sichere Häfen! So bezeichnete Geisel die Situation der Geflüchteten, die etwa in den Lagern in Griechenland festgehalten werden, als „humanitäre Katastrophe“ (leider ohne zu erwähnen, wer für diesen durchaus menschengemachten

Zustand verantwortlich zeichnet!). Er stellte klar, dass Düsseldorf auch weiterhin als „solidarische Stadt“ Teil der Städtekoalition der „Sicheren Häfen“ ist. 41 Kommunen gehören zu diesem Bündnis, 120 weitere unterstützen den Aufruf und das Selbstverständnis: Geflüchtete aufzunehmen, die an den Grenzen der Festung Europa eingepfercht sind in Camps, unter Bedingungen, die keine*r in Düsseldorf akzeptieren würde, wenn sie uns selbst betrafen. Die zuständige Bundesregierung aber mauert – weiterhin. Die Aufnahme von Geflüchteten müsse in einer gesamteuropäischen Lösung abgestimmt sein. Was das in Zeiten eines machtergreifenden Viktor Orbán oder eines europäischen Südens am Rande des Staatsbankrotts nach Corona-Shutdowns heißt, dürfte unschwer zu prophezeien sein. Von der Bundesregierung und von „Europa“ ist also nichts, absolut nichts zu erwarten. Das wird auch ein Thomas Geisel wissen. Umso wichtiger ist, dass er ausgerechnet jetzt Position bezieht und die Haltung der Stadtspitze in Erinnerung ruft. Solange die CDU/SPD-geführte Bundesregierung den Kommunen und ihren Möglichkeiten, Menschen zu retten, massiv in den Rücken fällt, stärken Statements wie dieses eine dezentrale Aufbruchstimmung. Zeigen sie doch auf, dass die Kommunen sich auf den Weg machen können, der Abschottungspolitik der Bundesregierung mit Druck die Stirn zu bieten. Denn deren Grenzregime ist inhuman. Auch wenn es im Ton des OB Geisel a bissle arg bürgerlich klingt, meint es doch das gleiche: „Moria“ muss evakuiert werden! Grenzen auf und Lager dichtmachen! **T**



LOTTA lesen!

Auch die TERZ-Redaktions-Liebblings-Zeitung LOTTA hat trotz SARS-CoV-2-Pandemie die Redaktionsarbeit nicht ruhen lassen. Mit ihrer #78, dem Schwerpunktheft zu „Tod durch Polizei und Gewahrsam“, legt sie ein hartes Brett in Sachen rassistischer Polizeigewalt, institutionellem Rassismus und „Tod im Gewahrsam“ vor. Ein wichtiger Themenbereich, der nicht nur in Zeiten von globalen Viren-Ansteckungsszenarien allzu häufig nur am Rande gesellschaftlicher Aufmerksamkeiten steht, manchmal sogar in antifaschistischen Zusammenhängen nur spärlich besprochen wird. Wie immer ist LOTTA aber auch Garant für Recherchen und Analysen zur Extremen Rechten: Mit aktuellem zur Bruderschaft Deutschland, zum Hannibal-Netzwerk oder zum Antisemitismus der AfD. Nicht zuletzt setzt LOTTA auch ein Zeichen für die Ermordeten des rechten Anschlages von Hanau: Ihre Autor*innen beleuchten, wie nach dem Anschlag ermittelt wurde und wie Entpolitisierungen von Tatmotiven zu unserer Wahrnehmung von rechter Gewalt und rechtem Terror stehen.

Kurzum: Lest LOTTA! Ihr bekommt ein Abo / Einzelhefte unter lotta-vertrieb@nadir.org, das Heft gibt es in Düsseldorf prompt und auf die Krallen wie gewohnt bei BiBaBuZe und (sobald es nach der Renovierung wiedereröffnet) – im Linken Zentrum Hinterhof. **T**



Foto: ifuriosi

ANZEIGE

Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein

Abo bestellen unter: info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

cOrOna und Sexarbeit

Seit Beginn der Corona-Krise hat sich auch für Menschen im Arbeitsfeld sexueller Dienstleistungen die Situation schlagartig verändert. Alle Einrichtungen, in denen Sexarbeit angeboten wurde, sind nun geschlossen. Damit verschärft sich für jene Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, ihre ohnehin oft schon prekäre Situation.

Aber wie geht es jetzt für die Sexarbeiter*innen weiter? Und gibt es von staatlicher Seite Unterstützung? Über diese und andere Fragen haben wir mit Martina gesprochen. Sie arbeitet als Sozialarbeiterin bei einem Beratungsangebot für Sexarbeiter*innen im Rheinland:

Wie sieht deine Arbeit konkret aus?

Normalerweise besteht meine Arbeit aus aufsuchen der Arbeit, an den Orten, an denen Sexarbeit angeboten wird, also in Bordellen, Clubs und Wohnungen und aus Arbeit in unserer Beratungsstelle. Dort können uns Klientinnen mit ihren individuellen Fragestellungen aufsuchen. Aufgrund der Corona-Krise haben wir sowohl die aufsuchende Arbeit als auch die persönliche Beratung einstellen müssen. Nach Schätzungen von Behörden und Beratungsstellen sind 80 % der Sexarbeitenden, die nicht aus Deutschland kommen, in ihre Heimatländer zurückgegangen, als die Grenzen noch offen waren. Die übrigen sind in den Städten geblieben, in denen sie eine Wohnung haben oder arbeiten. Es gibt Klientinnen, mit denen wir schon in einem Beratungsprozess waren, diese führen wir natürlich weiter, nur eben jetzt übers Telefon. Ansonsten sind wir die Orte und Adressen, die wir kennen, abgefahren und haben Flyer eingeworfen, die darüber informieren, dass wir weiterarbeiten und für Fragen erreichbar sind. Außerdem haben wir die einschlägigen Foren, in denen die Menschen ihre Dienste anbieten angeschrieben und unser Angebot vorgestellt. Inhaltlich besteht unsere Arbeit aktuell hauptsächlich daraus, die Sexarbeitenden bei ihrer Existenzsicherung zu unterstützen. Daneben gibt es aber auch weiterhin andere Themen, mit denen an uns herangetreten wird. Wir sind weiterhin erreichbar über Telefon, Mail und Messenger.

Was hat sich an der Situation für Sexarbeitende seit Beginn der Corona-Krise verändert?

Alles! Aufgrund einer Allgemeinverfügung zum Schutz der Bevölkerung vor dem Corona-Virus wurde nach dem Infektionsschutzgesetz in den einzelnen Städten die Schließung von Prostitutionsstätten, Bordellen und ähnlichen Einrichtungen angeordnet. Das bedeutet, dass die Sexarbeitenden ihre Tätigkeit nicht mehr ausführen dürfen und von heute auf morgen kein Einkommen mehr hatten. Natürlich gab es hier, wie anderen Branchen auch, Menschen, die Rücklagen gebildet haben, einige aber auch nicht, weil sie zum Beispiel nicht genug verdient haben. Die allerwenigsten haben allerdings Rücklagen für so eine lange Zeit gebildet. Dazu kommt die Unsicherheit, wann die Verfügungen wieder aufgehoben werden. In diesem Bereich ist ein Mindestabstand von 1,5 m logischerweise nicht einhaltbar. Es gibt Sexarbeitende, die aufgrund der geschlossenen Grenzen nicht mehr nach Hause kommen und nun in der Stadt, in der sie gearbeitet haben, festsitzen. Existenzangst und Unsicherheit beschreiben ihre Situation am besten, denke ich.

*Gibt es in der aktuellen Situation Hilfe von Seiten der Stadt für Sexarbeiter*innen?*

Die gibt es, soweit wir dies durch unsere Vernetzung mit den Beratungsstellen der unterschiedlichen Städte mitbekommen, in fast allen Städten. Neben der Soforthilfe haben Selbstständige - und

Sexarbeitende sind Selbstständige - die Möglichkeit, Leistungen nach dem SGB II, gemeinhin als Hartz IV bekannt, zu beantragen, wenn ihr Einkommen und damit ihre Existenzsicherung wegfallen. Hier gab es Erleichterungen in den Antragsverfahren, auch für EU-Bürger*innen aus anderen Ländern. Das ist unter Nicht-Corona-Bedingungen deutlich anders. Wir haben viele Frauen bei der Stellung von Anträgen unterstützt und warten nun darauf, ob diese auch bewilligt werden. Wenn dies nicht reibungslos läuft, stehen wir natürlich vor einem großen Problem. Die Sexarbeitenden sind häufig Menschen, die nicht ausreisen können und hier aber ihrer Tätigkeit nicht nachgehen können und somit mittellos sind. Das Bundesfamilienministerium hat den Abschnitt im sogenannten Prostituiertenschutzgesetz außer Kraft gesetzt, der das Übernachten in Prostitutionsstätten verbietet, so dass Sexarbeitende, die nicht mehr rechtzeitig ausreisen konnten, dort erst mal bleiben konnten. In Düsseldorf beispielsweise ist aber auch eine Unterbringung möglich, wenn sie die Möglichkeit in den Bordellen zu übernachten, verlieren und dann wohnungslos sind. Da greift das Hilfenetz für Menschen ohne festen Wohnsitz.

Was müsste passieren damit sich die Situation für Sexarbeitende verbessert?

So lange Prostitutionsstätten geschlossen bleiben, ist ein unkomplizierter Zugang zu staatlichen

SOLIANZEIGE

STAY!
DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

**Bitte unterstützt uns,
damit wir weiter
Geflüchtete
unterstützen können.**

Keine Grenzen - Flüchtlinge Willkommen!

www.stay-duesseldorf.de



CoRoNa und die Flüchtlingsunterkünfte

Leistungen notwendig, um ihre Existenz zu sichern, und zwar unabhängig von ihrer Nationalität. Dies würde unserer Ansicht nach auch eine Stigmatisierung ausschließen. Außerdem wäre sicherlich auch für sie eine transparente Exit-Strategie wichtig, um die nächsten Wochen und Monate zu planen.

Haben Menschen in Sexarbeit ein Anrecht auf staatliche Soforthilfe?

Wie alle Selbstständigen haben auch Sexarbeitende das Recht, die Soforthilfe zu beantragen. Wir haben auch schon Rückmeldung von Frauen, die die Hilfe bewilligt und überwiesen bekommen haben. An dieser Stelle wird kein Unterschied gemacht, sie werden als Solo-Selbstständige betrachtet, wie alle anderen auch. All diese Möglichkeiten gelten natürlich nur für Sexarbeitende, die hier legal für den Sex-Job angemeldet sind. Viele Sexarbeitende sind das aber nicht! All jene, die sich illegal in Deutschland aufhalten, fallen natürlich durch alle Hilfsnetze. Wichtig wäre ein Hilfsfonds insbesondere auch für jene, die durch alle Rastern fallen und die nicht von den regulären staatlichen Hilfen profitieren, damit auch ihre Grund- und Gesundheitsversorgung sichergestellt werden kann.

Bekommt ihr mit, wie die Freier auf die Situation reagieren?

Zum Teil bekommen wir dies mit. Es sind beispielsweise manchmal Freier, die den Kontakt zu uns suchen. Es gibt Freier, die die Frauen mit Sachmitteln wie z. B. einem Fernseher unterstützen, damit ihnen nicht langweilig wird in der Wohnung oder die auch finanziell helfen. In den unterschiedlichen Foren ist es ruhiger geworden, es scheint, als würde sich weitestgehend an die Verordnungen gehalten. Einzelne Frauen berichten allerdings von absolut krassen Anfragen zu Dumpingpreisen mit der Begründung, sie müssten ja nehmen, was kommt. Dann hören wir auch von Frauen, die weiter ihre Dienste anbieten, also muss es auch weiter Freier geben, die diese in Anspruch nehmen. Wie immer ist die Bandbreite an Reaktionen groß. Die Sexarbeitenden selbst vertreten klare Forderungen, was in der derzeitigen Lage wichtig ist. Der BesD e.V (Berufsverband Sexarbeit) fordert unter anderem ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle und die sofortige Einrichtung eines Rettungsschirms für alle Betroffenen.

Wir bedanken uns für das Gespräch.

I FURIOSI

Projekt RAHAB - Beratung für Menschen in der Prostitution

Ulmenstraße 75, 40476 Düsseldorf

Tel. 0211 / 4696-247

Fax 0211 / 4696-162

Mobil 0177 7469646 oder

0159 04533494

rahab@skfm-duesseldorf.de

Seit mehr als drei Wochen gilt nun schon die Kontaktsperre. Wir alle wissen, dass wir unsere direkten Kontakte mit anderen Menschen einschränken sollen. Unmöglich ist das, wenn man in einer überfüllten Sammelunterkunft für Geflüchtete auf engstem Raum lebt.

In diesen müssen sich Menschen Schlafzimmer, Badezimmer, Küche und Speiseräume mit vielen anderen Menschen teilen.

So erzählt A., der in einer solchen Unterkunft in Düsseldorf lebt, dass seine 70-jährige Mutter, genauso wie er, in einem Gemeinschaftsschlafzimmer schläft und die Gemeinschaftseinrichtungen, wie Badezimmer und Küche nutzen muss. Die Flure seien eng, man könne sich gar nicht aus dem Weg gehen, sagt A. Abstandswahrung ist nicht möglich. Auch Angehörige von Risikogruppen leben hier zusammen und niemand hat die Möglichkeit sich selbst oder andere zu schützen.

Die Gesundheitsversorgung ist nicht mehr ausreichend sichergestellt, denn der Zugang zu Übersetzer*innen ist eingeschränkt, sodass Begleitungen zu ärztlichen Terminen oder auch Behörden nur schwer realisierbar sind, wenn Betroffenen die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen.

Auch psycho-soziale Therapien werden aktuell nicht, oder nur für bereits angebundene Patient*innen, angeboten. Neuaufnahmen sind oft nicht möglich. Geflüchtete sind hiervon besonders betroffen, da sie häufig fluchtbedingt traumatisiert sind. Die momentanen Einschränkungen und Unsicherheiten sind eine zusätzliche psychische Belastung.

Informationen über Corona sind nicht in allen Sprachen vorhanden oder wenn, nur sehr oberflächlich. Das führt zu Unsicherheit und Unwissen. Geflüchtete informieren sich im Internet und geraten immer wieder an Falschinformationen oder Verschwörungstheorien.

A. erzählt auch davon, dass in seiner Unterkunft die Sozialberatung nur noch im Homeoffice arbeitet. So ist es auch in anderen Düsseldorfer Unterkünften. Wer also ein dringendes Anliegen hat, zum Beispiel Briefe von Behörden oder - was oft passiert - Zahlungen, die fälschlicherweise von Jobcentern oder dem Amt für Soziales eingestellt wurden, muss die Sozialberater*innen telefonisch erreichen können oder in der Lage sein, per E-mail zu kommunizieren.

Auch werden Einschränkungen in den Unterkünften erhöht, sodass teilweise Besuche verboten sind. A., dessen Frau und Kinder momentan in

einer anderen Düsseldorfer Einrichtung leben, kann seine Familie nur noch draußen treffen. H., mit dem wir ebenfalls Kontakt aufgenommen haben, findet das Besuchsverbot angebracht, da es, rein auf die Corona-Verbreitung bezogen, Sinn mache. Doch er erzählt von den großen Ängsten, depressiver Stimmung und Unsicherheiten unter den Geflüchteten, die nun noch mehr als vorher den Alltag bestimmen. Die wenigen Ablenkungen von einem tristen Alltag, die es vorher gab wie das Treffen mit Freund*innen oder der Besuch eines Deutschkurses sind nun nicht mehr oder nur sehr eingeschränkt möglich. Auch wer arbeiten darf, häufig in prekären Jobs, arbeitet jetzt in Kurzarbeit oder wurde direkt gekündigt.

Aus einer ZUE (Zentrale Unterbringungseinrichtung) in NRW erfahren wir noch von anderen Maßnahmen. Wir haben mit K. telefoniert, der uns von der Situation in seiner Unterkunft erzählt. Hier wurden einige Zimmer frei gemacht, die für Verdachts- und Quarantänefälle genutzt werden sollen. Die Menschen, die in diesen Zimmern lebten, wurden auf andere Zimmer umverteilt. So teilen sich nun beispielsweise zwei Familien auf unbestimmte Zeit ein Zimmer, und für die Menschen in der Unterkunft wird es noch enger. „Die Bedingungen müssten sich verbessern, um uns vor dem Corona-Virus zu schützen, aber die Dinge verschlechtern sich.“ sagt K.

K. lebt seit mehreren Monaten, nach einem schwierigen Asylverfahren, wieder in einer großen Unterkunft im Rheinland¹. Ihm fehlt, wie vielen anderen Menschen, eine Aufenthalts- sowie Arbeitserlaubnis. Von den 31 Euro, die eine erwachsene Person in der Unterkunft wöchentlich bekommt, kann man sich weder gesundes Essen, ausreichend Hygieneartikel wie Desinfektionsmittel oder andere Schutzartikel leisten.

Schon lange wird die zentrale Unterbringung von Geflüchteten in großen Heimen und Anlagen kritisiert. Dass sich mehrere Menschen die gleichen Schlafräume, Kochmöglichkeiten (falls überhaupt vorhanden) und Badezimmer teilen müssen, ist nicht erst seit der Corona-Krise problematisch, doch jetzt drohen den Bewohner*innen der völlige Verlust der Privatsphäre sowie ihre Bewegungsfreiheit und schwere Gesundheitsgefährdungen. Eine kleine Protestaktion, die K. und weitere Bewohner*innen der Unterkunft abgehalten hatten, um bessere Bedingungen zu fordern, wurde von der Polizei unterbunden. Es drohen Strafen, wenn man sich nicht an das Kontaktverbot hält. K. fragt sich, warum nicht den Verantwortlichen der Unterkunft auch Strafen drohen, wenn sie acht Personen in einen Raum stecken. Nachdem

K. sich wegen den nicht vorhandenen Schutzmaßnahmen bei der Leitung und der zuständigen Bezirksregierung beschwert hat, drohte man ihm mit „Schwierigkeiten in der Unterkunft“, wenn er keine Ruhe gäbe.

Flüchtlingsselbstorganisation und Protest

Auch in anderen Unterkünften protestierten die Bewohner*innen bereits gegen die Unterbringungsbedingungen und stellten Forderungen auf. In der zentralen Anlaufstelle für Geflüchtete (ZAST) in Halberstadt (Sachsen-Anhalt) sind die Bewohner*innen in einen Hungerstreik getreten und veröffentlichten einen Forderungskatalog² im Internet. Es befinden sich seit Anfang April, als der erste Corona-Fall in diesem Lager bekannt wurde, alle 839 Bewohner*innen in Quarantäne. Niemand (außer die Mitarbeiter*innen) darf das Lager mehr verlassen. Gleichzeitig konnte das Land Sachsen-Anhalt nicht einmal die Versorgung mit dem Notwendigsten wie Hygieneartikeln und Lebensmitteln sichern. Auch gab es im Laufe der

Proteste Auseinandersetzung mit den angestellten Securitys. Mittlerweile hat das Landesverwaltungsamt auf die Proteste mit einer besseren Versorgung, Umzug von Risikogruppen, engmaschigerer Untersuchung und neuer Unterbringung von Personen, die mit dem Corona-Virus infiziert sind, reagiert.

In der Landeserstaufnahme (LEA) in Ellwangen (Baden-Württemberg) konnte die Ausbreitung des Virus nicht verhindert werden. Fast die Hälfte der Bewohner*innen ist mittlerweile infiziert, auch diese Einrichtung steht unter Quarantäne. Viele Bewohner*innen haben in den Quarantäne-Blocks keinen Zugang zum Internet, können keinen Kontakt zu Angehörigen aufnehmen und sind auch von sämtlichen Informationen über das Virus abgeschnitten³.

¹ In Absprache mit der interviewten Person wurden hier Name und Wohnort anonymisiert.

² Für weitere Informationen: <http://antiranetlsa.blogspot.de/2020/04/04/halberstadt-dezentralisierung-jetzt-schutzvor-infektion-fuer-alle-solidaritaet-mit-den-hungerstreikenden-der-zast-in-halberstadt/>

³ <https://refugees4refugees.wordpress.com/2020/04/13/corona-chaos-in-ellwangen>

⁴ Für weitere Informationen: www.welcome-united.org/de/appell-zur-corona-lage/

Es gibt einen gemeinsamen Appell von verschiedenen Initiativen und Organisationen, darunter Women in Exile & Friends, Jugendliche Ohne Grenzen oder We'll Come United. In diesem fordern sie unter anderem „(...) eine sofortige Auflösung der Massenunterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, Erstaufnahmeeinrichtungen und Ankerzentren. (...) Im gesamten Bundesgebiet stehen zahlreiche Wohnungen, Ferienapartments und Hotels leer. Diese Räume müssen sofort durch die zuständigen Behörden zur dezentralen Unterbringung aktiviert und genutzt werden.“ Darüber hinaus fordern sie einen besseren und barrierefreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen und alle Geflüchteten aus griechischen Lagen zu evakuieren⁴.

I FURIOSI

Die Heinsberg-Studie

Laschets williger Virologe

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet kann es nicht schnell genug gehen mit der Rückkehr zum ökonomischen Normalzustand. Darum wollte er sich seine Öffnungspolitik wissenschaftlich beglaubigen lassen.

Der Druck interessierter Kreise, die Corona-Auflagen zu lockern, um wieder „business as usual“ betreiben zu können, wächst. Nicht selten bricht sich dabei unverhohlenen Sozialdarwinismus Bahn. „Wir wählen den wirtschaftlichen Suizid, um zu verhindern, dass einzelne betagte Menschen das Zeitliche einige Jahre früher segnen, als es unter normalen Umständen zu erwarten gewesen wäre“, meinte etwa der schweizer Jurist und Unternehmer Georges Bindschedler. Dabei ist die Fraktion der Drängler*innen parteiübergreifend. In Nordrhein-Westfalen gehören ihr etwa Düsseldorf Oberbürgermeister Thomas Geisel und Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) an.

Und Laschet ging die ganze Sache systematisch an und organisierte sich wissenschaftlichen Beistand für seine Öffnungspolitik. Er heuerte den Bonner Virologen Hendrik Streeck an, der sich im Auftrag der Landesregierung auf nach Heinsberg machte, dem Epizentrum der Pandemie in NRW. „Der Kreis Heinsberg kann uns als Forschungsbeispiel und Modell-Region dienen, wissenschaftlich fundiert herauszufinden, welche Maßnahmen sinnvoll sind, um die Bürgerinnen und Bürger optimal zu schützen und gleichzeitig zu ergründen, welche der ergriffenen Maßnahmen und tiefen Einschnitte in das Leben der Bürger weiterhin virologisch

und epidemiologisch sinnvoll sind – und welche nicht“, so der Christdemokrat.

Zur Sicherheit bekam Streeck auch noch medialen Geleitschutz durch Public-Relations-Expert*innen. Er selber sei mit den ständigen Presse-Anfragen überfordert, so der Mediziner zur Begründung. Den Job übernahm die PR-Agentur „Storymachine“ des ehemaligen „Bild“-Chefs Kai Dieckmann. Aber die Öffentlichkeitsarbeiter*innen liefen dem Virologen in Heinsberg nicht nur hinterher, sie gingen ihm auch voraus. Storymachine produzierte nämlich schon einmal ein Happy End. „Wissenschaft und Fakten geben uns die Hoffnung und die Möglichkeit, wieder als Gesellschaft zu funktionieren“, so sollte die „prinzipielle Erzählung“ lauten. Und als Zielvorgabe formulierte das 22 Seiten umfassende Konzept-Papier, das der Zeitschrift „Capital“ vorlag, die „Situation so schnell wie möglich wieder zu normalisieren“. Dafür erstellten die Storymaschinist*innen einen genau getakteten Zeitplan. Einem Termin kam dabei eine besondere Bedeutung zu: dem für die Vorstellung des Zwischenberichtes. Die Präsentation fand just ein paar Tage vor der Telefon-Konferenz von Angela Merkel mit den Ministerpräsident*innen zu möglichen Lockerungsmaßnahmen statt, um Armin Laschet die

nötigen Argumente an die Hand geben zu können. Streeck lieferte dann auch die passenden Ergebnisse. „Weil die Menschen so ‚aktiv und diszipliniert‘ mitmachen, sei es jetzt möglich, in eine ‚Phase zwei‘ einzutreten: einer Rücknahme von Auflagen bei Sicherung der Hygiene-Maßnahmen“, so gab der „Tagesspiegel“ die Worte des Wissenschaftlers wieder. Deutschlands Ober-Virologe Christian Drosten vermochte aus den dünnen zwei Seiten, die Streeck vorlegte, jedoch gar nichts abzuleiten, weil er in dem Manuskript keine Daten fand.

Der Virologe, der einräumte, den Zwischenbericht „mit heißer Nadel gestrickt“ zu haben, versorgte seinen Kollegen inzwischen mit ein paar mehr Informationen. Diese deuten für Drosten auch darauf hin, „dass die Studie an sich seriös ist und gut werden könnte“. An der „embedded science“ von Streeck übt der Forscher von der Berliner Charité in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ trotzdem scharfe Kritik: „Hendrik Streeck sagt, er gehe da vollkommen ergebnisoffen ran. Aber wenn das stimmt mit dem internen Papier der PR-Agentur, dann war das überhaupt nicht ergebnisoffen. Sondern eine von vornherein geplante Botschaft, die man sich kaufen konnte.“ Die Landes-SPD hat zur Heinsberg-Studie unlängst eine „Kleine Anfrage“ gestellt, und auch der „Deutsche Rat für Public Relations“ leitete ein Prüfverfahren ein. Laschet aber sieht keinen Redebedarf; „zu kleinteilig“ erscheint es ihm, über die Causa eine Diskussion zu führen. Die Kritik an der konzertierten Aktion von Wissenschaft, PR und Politik bezeichnete er schlicht als „an den Haaren herbeigezogen“.

I

JAN



KZ-Häftlinge auf dem Graf-Adolf-Platz
© Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Buchenwald war auch in Düsseldorf

Erinnerung an die Konzentrationslager in Düsseldorf
– 75 Jahre nach der Befreiung

Von Zwangsarbeit, erpresst von den Inhaftierten in den Düsseldorfer Außenlagern der KZ Sachsenhausen und Buchenwald, profitierten die Stadt und der Rüstungskonzern Rheinmetall. Die Häftlinge mussten dabei zum Teil mitten in der Stadt arbeiten, waren als Versklavte sichtbar. Dass die Geschichte der Düsseldorfer Lager heute Vielen unbekannt ist, dürfte trotz mancher Spuren mit Verdrängung zu tun haben.

Schon im letzten Jahr hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) zum Antikriegstag, dem 1. September, eine Aktionskampagne mit dem Titel „Buchenwald war auch im Rhein-/Ruhr-Gebiet“ ins Leben gerufen. Sie

erinnerte aktiv daran, dass in vielen Städten der Region Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald existierten. Größere Buchenwald-Außenlager gab es unter anderem in Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Schwerte, Witten und: in Düsseldorf. Am 18. April 2020 – zum 75. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald – hat die VVN-BdA Düsseldorf an die Geschichte der Buchenwald-Außenlager in der Stadt erinnert: Vor Ort am ehemaligen Standort eines der Lager, bei Rheinmetall an der Rather Straße in Derendorf. Als Nebenlager zu einem weiteren Rheinmetall-Buchenwald-Außenlager – „Berta I“ – bestand hier ab dem 1. September 1944 das Lager „Berta II“. Insgesamt gab es fünf KZ-Außenlager in Düsseldorf, eines davon – zuerst errichtet – gehörte nominell zum Stammlager KZ Sachsenhausen. Die anderen vier waren Außenlager des KZ Buchenwald und wurden ab 1943 eingerichtet.

Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung

Kurz nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 errichteten sie die ersten Lager. Das KZ Dachau bei München war eines der ersten, größeren sogenannten „Schutzhäftlager“, in dem zuerst vor allem politische Gefangene inhaftiert wurden. Düsseldorfer Juden, aber auch politische Gefangene, meist Kommunisten, wurden in das ab Juni 1933 bestehende KZ Börgermoor im Emsland verschleppt. In allen frühen Lagern wurden die Häftlinge gezwungen, Zwangsarbeit zu verrichten. Davon handelt u.a. das berühmte Moorsoldaten-Lied, das in Börgermoor entstand. Folter und Misshandlungen waren an der Tagesordnung; es mangelte an ausreichender Ernährung.

Nach und nach entstanden immer mehr Konzentrations- und Arbeitslager – im Reich und, ab Kriegsbeginn, im NS-besetzten Europa. Dabei





„nutzen“ die Konzentrationslager dem NS-System in dreifacher Hinsicht: der Repression gegen Widerständige und politische Gegner*innen, der rassistischen und antisemitischen Verfolgung und Ermordung (in Konzentrations- und Vernichtungslagern) sowie der Ausbeutung durch Zwangsarbeit. Wurden die Verschleppten in den Lagern nicht sofort umgebracht, mussten sie Zwangsarbeit verrichten – auf dem Lagergelände oder in unmittelbarer Umgebung, dann auch in Fabriken und Betrieben, die sich am Rande der Lager befanden. „Vernichtung durch Arbeit“ gehörte zum erklärten Plan der NS-Verfolgungs- und Ausbeutungspolitik, zum Nutznießen der NS-Wirtschaft.

Zwangsarbeit

Mit Beginn des Krieges fehlten der NS-Wirtschaft massenhaft Arbeitskräfte. Anfangs wurden deshalb besonders in den westlich besetzten Ländern wie Frankreich oder Belgien junge Männer für die Arbeit als Zivilarbeiter in Deutschland angeworben. Sehr schnell sprach sich jedoch herum, dass die Arbeitsbedingungen miserabel und von häufig brutalen Ausbeutungsstrukturen geprägt waren. Zunehmend verschleppten die Nationalsozialisten Männer, Frauen und Kinder aus Ost- und Westeuropa ins Deutsche Reich. Gleichzeitig wurden Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit herangezogen. Ab 1940 wurden deutsche Jüd*innen zwangsverpflichtet. Sie mussten die fehlenden Arbeitskräfte, die durch den Krieg in der „Heimat“ fehlten, ersetzen, besonders in der Kriegsproduktion. Ab Januar 1942 wurden die ersten „Ostarbeiter“ mit Zügen ins Deutsche Reich deportiert, aus der Sowjetunion, meist aus der Ukraine oder aus Russland. Insgesamt gehen die Schätzungen von mindestens 13 Millionen Menschen (davon etwa die Hälfte Frauen) aus 18 Ländern aus, die im nationalsozialistischen Deutschen Reich Zwangsarbeit verrichten mussten. Sie wurden in allen Bereichen des Arbeitslebens beschäftigt: In der Landwirtschaft, in Werkstätten und Fabriken (besonders in der Rüstungsindustrie), in den kommunalen Verwaltungen, bei der Reichsbahn (der heutigen Bundesbahn), bei den Kirchen und selbst in Privathaushalten. Die Arbeits-, Lebens- und Unterbringungsbedingungen der Zwangsarbeiter*innen waren sehr unterschiedlich, auch hier waren rassistische Wertungen der Nationalsozialisten nicht selten ausschlaggebend. (Gezielt etablierte) Häftlingshierarchien wusste das NS-Zwangssystem dabei erheblich auszunutzen. Sowjetische Kriegsgefangene und vor allem KZ-Insass*innen, hier besonders jüdische Menschen, wurden am schlechtesten behandelt.

Düsseldorf

In Düsseldorf lebten im Herbst 1944 etwa 35.000 ausländische Zivilarbeiter*innen, davon die allermeisten zwangsweise. Dazu kamen mehrere Tausend Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Das entsprach etwa 10% der Bevölkerung. Für Düsseldorf sind nach aktuellem Kenntnisstand

weit über 400 Wohnplätze beziehungsweise Lager mit mehr als 20 Personen bekannt. Diese waren über die gesamte Stadt verteilt. Einige wenige Zwangsarbeiter*innen (zumeist aus westlichen Ländern) konnten gar in Privatwohnungen leben und sich tagsüber relativ frei bewegen. Die meisten jedoch waren in Lagern eingesperrt, von denen aus sie (bewacht) zu Fuß zur Arbeit zu gehen hatten. Auf diesen Wegen waren sie sichtbar für alle. Ebenso wie sie unter den Augen der Düsseldorfer Bürger*innen – etwa in der Schuttbeseitigung oder Straßenreinigung – arbeiten mussten. Niemand kann behaupten, von Zwangsarbeit in Düsseldorf nichts gewusst zu haben.

Ab 1942 kamen die Konzentrationslager gewissermaßen in die Großstädte. Die Düsseldorfer Außenlager der KZ Sachsenhausen und Buchenwald gehörten zum Betriebsgelände, lagen in Wohngebieten oder unweit von Kleingartenanlagen. Die Gründe, Lager in der Stadt zu etablieren, waren vielfältig. Zum einen sollte der immer größer werdende Mangel an Arbeitskräften durch Häftlinge in Zwangsarbeit gedeckt werden. Hinzu kamen die beginnenden Luftangriffe der Alliierten auf die deutschen Städte, die verheerende Verwüstungen zur Folge hatten. Trümmer- und Aufräumarbeiten sollten wiederum die KZ-Häftlinge leisten. Schließlich hatte die SS ein Interesse daran, die KZ-Häftlinge als Einnahmequelle auszubeuten, denn die Insassen wurden als Arbeitskräfte regelrecht vermietet, sogar in den Städten, mit naher Anbindung an die ‚Kunden‘, zugleich aber wahrnehmbar im Stadtbild. Entsprechend brutal waren die Zwangsstrukturen in den Lagern und an den Arbeitsplätzen, die ausschließlich auf Ausbeutungslogiken und rassistischer Abwertung fußen: In den Lagern starben Häftlinge durch Erschießung, Prügel und Folter waren keine Ausnahme. Die Ernährungssituation in den KZ-Außenlagern war katastrophal. Wurden die Häftlinge krank oder verletzten sich bei der Arbeit, wurden sie in die Stammlager zurückgeschickt und meist direkt ermordet.

Kunde Rheinmetall

Ab November 1943 entstanden die Lager Berta I und II, zur geldwerten Überlassung der Buchenwald-Häftlinge als Zwangsarbeiter an die Rheinmetall-Borsig-Werke, zugehörig zur III. SS-Baubrigade unter der Leitung des von Überlebenden als ausgesprochen hab- und besitzgierig beschriebenen SS-Obersturmführers Karl-Wilhelm Völkner. Beide Lager waren jeweils auf Werksgelände und auf Kosten des Konzerns untergebracht.

Berta I befand sich auf dem Gelände der früheren Lokomotivfabrik Hohenzollern, unmittelbar neben dem heutigen Neubauviertel Grafental, an der Neumannstraße 2. Hier wurden Behälter für die Raketen V1 und V2 hergestellt. Ab September 1944 wurde ein weiteres Lager, Berta II, auf dem Betriebsgelände von Rheinmetall-Borsig an der Rather Straße 31-37 in Derendorf errichtet. Die Häftlinge waren im Kellergeschoss der dortigen Fabrikhalle untergebracht. Rheinmetall-Borsig unterhielt in Düsseldorf noch mindestens sieben weitere Lager für Zwangsarbeiter*innen.

Die höchste belegte Anzahl an KZ-Gefangenen lag für Berta I im Februar 1945 etwa bei 900 Gefangenen, für Berta II waren es im Durchschnitt 270 KZ-Häftlinge. Quellen lassen vermuten, dass bei Rheinmetall in Düsseldorf keine jüdischen KZ-Insassen beschäftigt waren. Die Gesamtzahl der dort in der Zeit von 1943 bis 1945 zur Arbeit gezwungenen KZ-Häftlinge lässt sich nicht genau ermitteln. Präzise Aussagen sind kaum zu treffen, da unklar bleibt, wie viele KZ-Häftlinge insgesamt



beziehungsweise zur gleichen Zeit Zwangsarbeit bei Rheinmetall leisten mussten. Auch schwankten die Belegungszahlen nicht zuletzt wegen der Rück-Verschleppungen ins Stammlager Buchenwald. Wie viele KZ-Häftlinge in Düsseldorf den Tod fanden, ist unbekannt, ebenso wie nicht geklärt werden kann, wie viele (erfolgreiche) Fluchten es gegeben hat.

Neben den KZ-Häftlingen gab es auch ausländische Zivilarbeiter*innen und Kriegsgefangene bei Rheinmetall-Borsig. 1943 arbeiteten dort 3.813 Ausländer*innen (davon eine niedrige unbekannte Zahl Freiwillige bzw. Angeworbene) und Kriegsgefangene, mithin etwa ein Viertel der Beschäftigten. Ob in diesen Zahlen die KZ-Häftlinge enthalten sind, wird aus den Quellen nicht klar. Ein Großteil der Personalunterlagen wurde bei verschiedenen Luftangriffen vernichtet. Rheinmetall-Borsig bezahlte zwischen 4 und 6 Reichsmark an die SS: für einen 10 bis 12-stündigen Arbeitstag der KZ-Häftlinge. Der Stundenlohn lag damit schätzungsweise ein

Drittel unter dem eines deutschen Arbeiters. Angenommen wird, dass die Arbeitsleistung von Zwangsarbeiter*innen nur etwa 50% im Vergleich zu der eines deutschen Arbeiters betrug, Entkräftung und/oder die Möglichkeiten zur Arbeitsverlangsamung oder Sabotage könnten in diese Bewertung eingeflossen sein. Insbesondere für KZ-Häftlinge dürfte die noch schlechtere Ernährungssituation dazu beigetragen haben, dass sie in der Logik der Ausbeutung nur geringfügig „wertvoll“ waren. So wird klar, dass KZ-Häftlinge für Rheinmetall-Borsig nicht unbedingt billige und effektive Arbeitskräfte waren. Die Situation der insgesamt fehlenden Arbeitskräfte hingegen wird für Rheinmetall ein willkommener Anlass gewesen sein, die Belegschaft durch KZ-Häftlinge aufzustocken, um weiterhin gewinnorientiert Rüstungsgüter herstellen zu können. Hinzu kommt die ideologische Komponente. Eine nationalsozialistische Rheinmetall-Borsig-Führung wird die NS-Politik auch aus Überzeugung gerne unterstützt haben. Insofern war der Einsatz von

häftlinge“. Sofern Misshandlungen nicht von den Bewachern von Polizei, SHD und SS ausgingen, gingen sie mitunter auch auf deren Konto.

1945 und dann?

Anfang März 1945 mussten die verbliebenen 1.036 KZ-Insassen in Düsseldorf den Weg zurück nach Buchenwald antreten, erst zu Fuß, später mit der Reichsbahn. Auf dem Weg dorthin wurden etliche erschossen. Wie viele der aus Düsseldorf kommenden KZ-Häftlinge das Stammlager Buchenwald tatsächlich erreichten, ist nicht bekannt. Dort wurde der in den Lagern „Berta“ besonders brutale Kapo Berndt von Mithäftlingen getötet.

Nach 1945 veranlasste die britische Militärregierung Untersuchungen zu Täterschaft und Strukturen der Zwangsarbeit in Düsseldorf. Diese schlossen jedoch die KZ-Außenlager nicht mit ein. Gegen den letzten Lagerführer beider Berta-Lager, SS-Oberscharführer Walther Knauf, verhängte das Schwurgericht Düsseldorf im Mai 1950 ein Strafe von zehn Jahren Zuchthaus wegen Verbrechens

gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Totschlag und gefährlicher Körperverletzung. Ob Knauf die zehn Jahre absitzen musste, ist nicht bekannt. Das Verfahren gegen Knauf war das einzige, mit Schuldspruch abgeschlossene Verfahren, das sich auf die KZ-Außenlager in Düsseldorf bezog. Alle anderen Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Selbst in den Entnazifizierungsverfahren kamen die Beteiligten glimpflich davon. Die Verantwortlichen von Rheinmetall-Borsig wurden wegen Nutznießens durch Zwangsarbeit und die KZ-Außenlager überhaupt nicht belangt. Sie bezogen sich in ihrer Verteidigung auf „Befehlsnotstand“, trotzdem die KZ-Häftlinge von Rheinmetall-Borsig

eigens angefordert worden waren. Die SS hatte über alle Leistungsnachweise zur Nutzung von KZ-Häftlingen Buch geführt, die Akten lagen weiterhin vor. Doch Rheinmetall-Borsig-Direktor Fritz Beitter leugnet enach 1945, dass zwischen „dem Werk und dem KZ-Buchenwald irgendein Vertrag über die Arbeitszuteilung der Häftlinge bestanden“ habe. Noch 1966 sah sich die nunmehr als Rheinmetall AG fungierende Rüstungsschmiede nicht in der Verantwortung für den „während der Nazizeit angerichteten Schaden“ (Der Spiegel, 7.3.1966). Heutzutage liefert Rheinmetall wieder Waffen und Munition an Despoten und Kriegsführer, mal legal, mal über Umwege.

Es ist der Verdienst von Schüler*innen Düsseldorfer Schulen, dass heute an die KZ-Häftlinge und die Außenlager von Sachsenhausen und Buchenwald erinnert wird. Zusammen mit Historiker*innen forschten sie über die Geschichte der Lager und der dort Gefangenen, zusammen mit Künstler*innen wurden an den fünf Orten der KZ-Außenlager Gedenkorte angelegt. 

Quellen und Lektüretipps:

<https://www.zwangsarbeit-archiv.de>
Clemens von Looz-Corswarem (Hg.), Zwangsarbeit in Düsseldorf. Essen (2002): Klartext.

Andreas Kussmann: Ein KZ-Außenlager in Düsseldorf-Stoffeln, hrsg. von der Bezirksverwaltungsstelle 3 der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf (o.V.) 1988.

Peter Henkel: Die Düsseldorfer KZ-Außenlager. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Düsseldorf zwischen 1942 und 1945 (Kleine Schriftenreihe der Mahn- und Gedenksätze; 6), Düsseldorf (2016): Droste.

Beiträge von Karola Fings und Raffael Laissa in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 3: Sachsenhausen, Buchenwald, München (2006): Ch. Beck., Hrsg. Benz/Distel



KZ-Häftlingen für den Rüstungskonzern ein sowohl ideologisch gewünschtes wie finanziell einträgliches, lohnendes Geschäft.

Die Lager wurden neben einigen wenigen SS-Leuten anfangs von Schutzpolizisten bewacht und ab November 1944 von Mitgliedern des SHD (Sicherheits- und Hilfsdienst), einer Luftschutzeinheit, deren Mitglieder für den Fronteinsatz zumeist aus Altersgründen nicht mehr in Frage kamen.

Trotz Androhung schwerer Strafen bis hin zur Erschießung gelang es den Zwangsarbeiter*innen, den KZ-Häftlingen und einigen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter*innen, die bei Rheinmetall arbeiteten, immer wieder, die Produktion zu verlangsamen, zu verzögern oder zu sabotieren. Die Gruppen konnten sich bisweilen untereinander austauschen, Unterstützungsleistungen insbesondere für die KZ-Häftlinge ließen sich auf diesem Wege organisieren. Auf der anderen Seite der Häftlings- und Zwangsarbeiter*innen-Gesellschaft standen jedoch die sogenannten Kapos, die „Funktions-

Ferencz vs. Rheinmetall

Im März 2020 feierte Benjamin Ferencz seinen 100. Geburtstag. Bei den Nürnberger Kriegsverbrecher*innen-Prozessen leitete er das Verfahren gegen die Einsatz-Truppen des NS-Regimes. Danach verhandelte der Ungar mit der Bundesregierung und denjenigen Unternehmen, die während der Nazi-Zeit Zwangsarbeiter*innen beschäftigt hatten, über Entschädigungszahlungen. Besonders entgegenkommend zeigten sich dabei weder die Bonner Politiker*innen noch die Firmen – und am wenigsten der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall. So klagte Ferencz einmal: „Sogar die strengen Härtefälle unter denen, die die Arbeit für die I. G. Farben in Auschwitz überlebt haben, erhielten jeder nicht mehr als 1.700 Dollar. Die jüdischen Sklaven von Krupp und die, die für Siemens geschuftet hatten, mussten sich mit 825 Dollar abfinden. Die AEG/Telefunken-Sklaven bekamen nicht mehr als 500 Dollar, und die Juden, die für Rheinmetall gearbeitet haben, erhielten noch weniger.“ Aber dem „Spiegel“ war sogar das noch zu viel. Nach Ansicht des Hamburger Nachrichten-Magazins bestanden nämlich gar keine Ansprüche. Das Blatt bezichtigte Benjamin Ferencz deshalb in der Ausgabe vom 7. März 1966, einen von Rheinmetall mit der US-Regierung angestrebten Waffendeal dazu zu nutzen, um in den Vereinigten Staaten eine Kampagne gegen die Rüstungsschmiede zu initiieren.

Pablo Picasso



Die Kriegsjahre 1939 bis 1945

Auf der homepage der Kunstsammlung NRW heißt es zu Picasso:

„Der Inbegriff des unabhängigen Genies, das immer wieder neue Wege in der Kunst beschritt. Ein Verfechter der Freiheit. Ein Pazifist, der 1949 die berühmte Friedenstaube entwarf.“

Anders als es uns heute suggeriert wird, fand Picasso nie durchgängig Applaus. Weder in Ost noch in West. 1951 gestaltete er das Cover eines von Kommunisten in Nizza herausgegebenen Lokalblatts. Titel der Lithographie: „Le Carnaval vu par Picasso.“ Die Ausgabe wurde ohne Aufpreis verkauft. Denn „die Arbeiterklasse sollte Zugang zu Kunst und Kultur haben“, erinnert sich die Tochter des Herausgebers. Nicht nur den bürgerlichen, auch den kommunistischen Medien war es keine Zeile wert. Picassos Stil widersprach allzu sehr den Dogmen des sozialistischen Realismus. „Picasso auf der Anklagebank“ hieß 1952 eine Schlagzeile in DIE ZEIT. Zeuge der Anklage: Salvador Dali. „Pablo Picasso und die kommunistische Partei müssen sich trennen“, meinte der. Dali war ein glühender Bewunderer Adolfs Hitlers, und als Francisco Franco kurz vor

seinem Tod fünf Regimegegner hinrichten ließ, kommentierte er dies mit: „Man müsste noch mehr Leute exekutieren.“

Picasso war von anderem Holz. „Ich habe die Kunst niemals als eine Kunst der simplen Verzierung, der Zerstreung betrachtet. Ich habe durch die Zeichnung und die Farbe, da dies meine Waffen sind, immer mehr das Bewusstsein der Welt und der Menschen durchdringen wollen. Ja, ich habe das Selbstbewusstsein, immer mit meiner Malerei als wahrhafter Revolutionär gekämpft zu haben.“

Mit diesen Sätzen endet „Guernica – Pablo Picasso und die Politik“, eine NDR/SWR-Produktion von 1981. Diese wie auch die Doku „Kunst als politische Waffe“ (Laurence Thiriart; Doku F 2013), beide im Netz verfügbar, empfehle ich als Vorbereitung auf einen Ausstellungsbesuch.

Der Kommunist Picasso

Die aktuelle Ausstellung im K20 – alle Werke sind chronologisch geordnet – endet mit Fotos, welche begeisterte GI's in Picassos Pariser Atelier zeigen. Die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei findet zwar Erwähnung, doch steht sie außerhalb der eigentlichen Zeitschiene: Erst im Oktober 1944, wenige Wochen nach der Befreiung von Paris, war Picasso ihr beigetreten. Während der Besatzung gingen in seinem Atelier aber bereits in der Résistance Aktive ein und aus. „Mein Eintritt in die Kommunistische Partei ist die logische Folge meines Lebens und meiner Kunst.“ Im Grunde habe er schon immer zu ihr gehört. „Ich bin Kommunist und meine Malerei ist kommunistische Malerei.“

Die Werke aus der Kriegszeit sind durchweg datiert, weil es, so Picasso gegenüber dem Fotografen Brassai, „nicht genügt, die Arbeiten eines Künstlers zu kennen, man muss auch wissen, wie und unter welchen Bedingungen er sie schuf.“ Folglich müssen wir auch seinen Beitritt zur KPF (Kommunistische Partei Frankreichs bzw. Parti communiste français) im Zeithorizont sehen. Der Kapitalismus war rundum gescheitert. „Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen“, heißt es z.B. im Ahlener Programm, beschlossen am 3. Februar 1947 vom Zonenausschuss der CDU für die britische Zone. Inhalt und Ziel einer sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung könne „nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben“ sein. Denn: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Während die CDU bekanntlich bald wieder mit dem Kapital auf Kuschelkurs ging, blieb Picasso seiner Haltung treu. Sein Parteibuch hat er nie zurückgegeben. Mit der „Diktatur des Proletariats“ ging er allerdings nie konform, unterstreicht der Kunstwissenschaftler Philippe Dagen. Mit der Parteiführung legte er sich oft an, es sei aber der „Geist des Widerstands“, die Idee der Solidarität gewesen, die Picasso anzog. Denn in den ersten Jahren in Paris habe er selbst erfahren, was Armut heißt. Eine nicht geringe Rolle wird auch gespielt haben, dass nach '45 neben den Gaullisten die KPF die einzige ernstzunehmende politische Kraft in Frankreich war. Und De Gaulle war ein no go: Als französischer Staatspräsident ließ er sich von Franco durch den Prado führen.

Von grellem Bombenblitz erleuchtet

Wer im K20 einen Wald roter Fäuste erwartet, wird schwer enttäuscht sein. „Kriegssujets“ sind ebenfalls nicht zu finden. Keine Bomben. Keine Granatsplitter. Keine Hausruinen. Picasso malt, was er immer malt: Stilleben, Porträts, Akte. Das war schon bei „Guernica“ so. Von der spanischen Regierung beauftragt, hatte er eine Wand des spanischen Pavillons auf der Pariser Weltausstellung bemalt. Ganz in Schwarzweiß, analog zu den Fotos, welche die Welpresse über die Stadt, die von einem deutschen Bombengeschwader in Schutt und Asche gelegt worden war, verbreitete. Es sei „eine Welt voller Verzweigung, in der der Tod allgegenwärtig ist“, schrieb Christian Zervos 1937 in Cahiers d'Art, alles darin sei „Verbrechen, Chaos und Verwüstung; Katastrophen gewaltiger als Gewitter, Flut und Hurrikan, denn alles dort ist feindselig, unkontrollierbar, entzieht sich unserem Verständnis.“ Auf dem Bild sind Gesichter voller Entsetzen, wie von grellem Bombenblitz erleuchtet, zu sehen, eine Mutter, im Arm ihr totes Kind. Das sich aufbäumende Pferd, die Lampe, der tumb dreinblickende Stier. Nur die elektrische Küchenlampe, die wie ein Auge über allem wacht, ist aus dem 20. Jahrhundert. Terracottadachschindeln und die Terracottafliesen gab es schon zur Römerzeit. Die Petroleumlampe und das elektrische Licht weggedacht, könnte das Ganze auch eine Schreckenszene aus dem 30jährigen Krieg sein. Da das Bild die Weltöffentlichkeit fast zeitgleich mit den Fotos vom Angriff erreichte, hat sich das Bild als „Guernica“ ins kollektive Gedächtnis der Menschheit eingebrannt.

Was macht der Krieg mit einem Menschen?

Picasso war im Oktober 1940 – wenige Wochen nach dem Einmarsch der Wehrmacht – nach Paris zurückgekehrt, der Stadt, in der er seit 1904 kontinuierlich lebte. Die Stilleben, Porträts, Akte scheinen, als wolle er auf diese Weise erkennen, was sich in seinem Innern verändert hat. Tatsächlich sehen uns diese Bilder mit anderen Augen an. 1937 war der von francistischen, deutschen und italienischen Faschisten gegen die spanische Republik entfesselte Krieg noch weit weg. Im gleichen Jahr konnte Picasso noch ein Gemälde wie „Frau vor dem Spiegel“ malen, ein Bild, das Ruhe und Erotik ausstrahlt, ein Sonntagnachmittag in Paris, blauer Himmel, eine offene Balkontür, Licht flutet in den Raum. Ein Abstecher in die oberen Etagen

des K20, in der das Bild in der ständigen Sammlung hängt, lohnt. Welch ein Kontrast zu den ab 1939 entstandenen Bildern! Der picassotypische Kubismus ist auch da der gleiche. Doch nach 1939 strahlen die abstrakten Formen keine Harmonie mehr aus, nun scheint das Menschenbild selbst zu zerfallen. Das Modell liegt auf der Chaiselongue wie bei anderen Aktgemälden auch. Doch es ist so, als wollten alle Dargestellten nur noch mutwillig das Leben weiterführen, Alltag simulieren. Alles so wie immer. Und doch ist nichts wie zuvor. Beim Nachbarbild erinnerte mich das Gestell der Liege an einen Sarg. Bezeichnend ist, dass Dora Maar, die Muse Picassos, sich in den Deformierungen z. B. nicht wiedererkennen wollte. Richtig unheimlich sind gleich am Anfang die drei enthäuteten blutigen Schafsköpfe. Von September 1940 bis Januar 1941 malt Picasso nicht. Er verfasst ein Drama. „Überhaupt spielen Theatervorstellungen in jener Zeit als intellektuelle und emotionale Entlastung und Möglichkeit der Zusammenkunft eine wichtige Rolle“, heißt es dazu im Kurzführer.

Widerstand gegen die Besatzer?

Zu „Jeune garçon à la langouste“ (Junge mit Languste) heißt es im Kurzführer: „Gleich einer Trophäe, einem Zepter oder einer Waffe hält er eine Languste triumphierend in seiner Rechten.“ Ein Fragenkatalog folgt: „Ist die Languste Zeichen des Widerstandes gegen die Besatzer? Oder soll sie als sexuelle Anspielung verstanden werden?“ Fazit: „Womöglich können alle Deutungen nebeneinander bestehen.“ Können sie nicht. Eine Languste ist eine Languste. Punkt. In Barockkirchen mag ein Jesusknäblein auf dem Schoß der Heiligen Jungfrau thronen, mit dem Blick eines Weltenherrschers. Doch bei Picasso ist ein Kind ein Kind, selbst wenn es im Matrosenanzug neben einem Minotaurus steht. Und eine Languste ist keine Allegorie auf Widerstand in Kindeshand, sondern nicht mehr als ein im Meer

lebendes Schalentier. Der peinlichste Fehler im Kurzführer ist jedoch Beleg mangelhafter deutscher Allgemeinbildung. Auf Seite zwölf wird „Guernica“ als „baskisches Dorf“ bezeichnet. Ist ein baskischer Kunstführer vorstellbar, in dem Freiburg oder Nürnberg als „deutsches Dorf“ bezeichnet werden? Auch bei dieser Ausstellung gilt, was stets gilt: Erst die Werke selbst auf sich wirken lassen, als zweites ein kurzer Blick in den Führer, ob sich darin noch Erhellendes für eine weitere Betrachtung findet.

Original-Wochenschau von 1937 und Engagement für Geflüchtete

Auf die Frage, was ihn nach der Niederschlagung des Ungarnaufstands und des Prager Frühlings noch in der KPF halte, habe Picasso mit dem immergleichen Satz reagiert: „Nun gut, aber das einzige, was zählt, ist doch, die Revolution zu retten.“ Dagegen, jedem Bild eine Allegorie auf politische Zustände zuzuschreiben, hat er sich stets gewehrt. „Revolution sah Picasso offensichtlich als etwas Allumfassendes. Ein Leben in der Revolte.“ Erstaunliche Worte für ein konservatives Blatt wie DIE WELT! Unter dem Titel „Wie politisch war der Kommunist Pablo Picasso?“ hatte Paul Jandl dort 2010 „Frieden und Freiheit“, eine von der Tate Liverpool 2010 gemeinsam mit der Wiener Albertina kuratierte Ausstellung, rezensiert. In der K20-Ausstellung, die unter der Schirmherrschaft von Armin Laschet steht, klingt alles ein wenig weichgespülter. Da diese in den ersten Maitagen noch geschlossen sein wird, hier noch einmal der Tipp auf die NDR/SWR- und Arte-Dokus. In „Guernica – Pablo Picasso und die Politik“ findet sich zwar jene unsägliche Gleichsetzung von Naziherrschaft und Stalinismus als „Diktaturen“, es werden aber auch zahlreiche kritische Fragen gestellt, z. B. ab wann eine Demokratie eine Demokratie ist? Die Doku ist in Form eines öffentlichen Prozesses inszeniert. Eingespielt wird die Original-



Wochenschau von 1937, in der behauptet wird, Gernika – so der baskische Name der Stadt – sei von spanischen Bolschewisten vor ihrem Abzug selbst niedergebrannt worden. Karl von Knauer, Staffelpkapitän der Legion Condor, kommt zu Wort (was freilich einigen Brechreiz verursacht). Ein Historiker wird zu den Fakten befragt. Gleich einem Geschworenengericht müssen wir als Publikum selbst ein Urteil fällen.

Die Doku „Kunst als politische Waffe“ legt den Schwerpunkt auf das Engagement des Künstlers. „Die harten Jahre der Unterdrückung haben mich gelehrt zu kämpfen. Nicht nur mit meiner Kunst, sondern auch als Mensch“, sagt Picasso. Er unterstützt nicht nur Kommunist*innen an der Basis,

er wirft immer wieder auch sein Renommee als öffentliche Person in die Waagschale. Als Geflüchtete aus Spanien in Toulouse unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht werden, organisieren geflüchtete spanische Ärzt*innen in einem alten Schloss vor Ort ein Krankenhaus. In den USA gründet sich zur Unterstützung des Projekts das Joint Anti-Fascist Refugee Committee, Picasso übernimmt den Ehrenvorsitz, zweiter Vorsitzender ist Albert Einstein. Zu den Mitgliedern des Komitees zählen u. a. Rita Hayworth, Leonard Bernstein, Pierre Monteux, Yehudi Menuhin, Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Thomas Mann und dessen Familie. Unter dem Vorwurf, das Lager sei ein „refugio de agentes soviéti-

cos“ lässt die französische Regierung 1950 unter dem Decknamen „Operación Bolero-Paprika“ fünfzig Personen, unter ihnen alle Ärzt*innen des Hospitals, festnehmen und abschieben. Französische Kolleg*innen, die meisten Kommunist*innen, führen ihre Arbeit weiter „und erhalten den Geist des Krankenhauses bis heute, im Namen eines gerechteren medizinischen Systems für alle“, heißt es in dem Arte-Film. ▶

THOMAS GIESE

Coronabedingt wird die Ausstellung im K20 noch nicht zum 2. Mai wieder öffnen. Achtet auf die Meldungen in den Kunst- und Lokalmedien!

Krawall und Remmidemmi, nur jünger ... und zusammen

Mit Kindern leben? Kinder haben? Und dabei doch linksradikal bleiben? Geht das überhaupt?



„Betreuungsmodelle“, usw.), wo es doch vorrangig um Emotionen und berechnete Bedürfnisse wie Sicherheit, Hilfsbereitschaft, Wohlfühlen und Trost gehen sollte und geht? Nach dem Scheitern ist die bittere Realität für

Diesem unübersichtlichen Terrain widmen sich 33 Beiträgen die Autor*innen von „Links leben mit Kindern“, einem druckfrischen Sammelband, der aus einem Blog heraus entstanden ist und mit seinen knapp 280 Seiten im März 2020 das Licht der Welt erblickt hat.

Verfasst wurden die Texte größtenteils von leiblichen und sozialen Eltern, viele von ihnen leben in Wohn- und Hausprojekten, die Kinder sind eher bis zu zehn Jahren alt. Berichte von Menschen, die älter sind, oder Eindrücke oder Perspektiven von „Eltern“ mit „größeren“ Kindern finden sich nicht. Es schreiben aber auch Menschen, die selbst keine Kinder haben, aber mit Kindern wohnen oder wohnten. Und andere, die wiederum lange kinderlos waren.

Es sind sehr persönliche Geschichten, die dichte Beschreibungen erlauben. Voller subjektiver Eindrücke und offen ausgesprochen. Dabei sind ihre Autor*innen wohl auch der Idee verbunden, unaufgeregte, nahe und mitunter erstaunlich klare Einblicke zu geben auf Lebenskonstellationen, in denen „Kind(er)“ und „Politik“, Privates und Politisches zusammen gedacht werden möchten. Dabei sind viele der Beiträge sehr dicht am Alltagsspraktischen, am Selbsterfahren-Beispielhaften dran, ohne jedoch beliebig zu sein. Durchaus positiv ist, dass den Texten hier und da ein wenig anzumerken ist, welche Entstehungsgeschichte sie ihrer Form nach haben und dass sie im Kontext eines Online-Blogs entstanden oder geplant worden sind, für Lesemomente im fluiden, kurzweiligen aber darum nicht weniger ernsthaften Format digitalen Schreibens und Lesens. Auch die wenigen, eher analytischen Texte sind sehr lesenswert, sind sie doch aus dem (eigenen) Leben und dessen Interpretation heraus geschrie-

ben, beleuchten Ideal(isiert)es, Versuche, Wünsche

und Aushandlungsprozesse: zu einem eigenen individuellen oder kollektiven Politikverständnis und zu den Ideen von „privatem“ Glück in einem politischen Leben, zusammen mit anderen. Dabei blicken die Autor*innen auf die bzw. ihre Lebenszusammenhänge von derzeit 30- bis 40-Jährigen. Ihre Bilanz allerdings auf ein „Link[e]s Leben mit Kindern“ ist freilich eher durchwachsen. Viele beschreiben sich als an ihren Ansprüchen Gescheiterte, schildern, wie wenig sie getroffene Verabredungen und Absichten mitunter einhalten (konnten). Aus vielen Abschnitten spricht nicht zuletzt mitunter sehr deutlich: Überforderung. Auf höchst unterschiedlichste Weise und vor dem Hintergrund sehr diverser Herausforderungen. In der in der Szene gängigen Kritik an „Familie“ und „Kleinfamilie“ sind sich am Ende aber nahezu alle einig. Jedoch: Was sind die lebbareren Alternativen? Basiert das Leben in der Szene auf Selbstbestimmung und Flexibilität, braucht ein Baby sehr lange das Gegenteil davon: Rund um die Uhr Anwesenheit. Kleinere Kinder brauchen Präsenz und Raum zu ihren Bedingungen. Auch die Nomenklatur von alternativen Lebens- und Politikkonzepten, entlehnt aus einem fraglichen Modell von „Familie“, steht in „Links leben mit Kindern“ auf dem Prüfstand. Viele der Autor*innen stellen etwa fest, dass „engagierter Vater“ in linken Kreisen ein positiv besetzter Begriff ist, „engagierte Mutter“ ein eher negativer. Warum wird nicht zuletzt bei allem, wo es um „Care“ und Sorge im Zusammenleben geht, eine technische Sprache verwendet („Reproduktionsarbeit“, „Heteronormativität“, „Bezugsperson“,

Viele dann eben nicht die viel diskutierte Care-Community, sondern die Situation als „Alleinerziehende plus“. So ist die (Rückkehr zur) Kleinfamilie mit einem oder auch zwei Erwachsenen nur die Kehrseite der linken Bindungslosigkeit.

Erschwerend kommt hinzu, dass es für so Manches was hier engagiert und zu recht probiert wird, (bisher) keinen passenden Namen gibt, und erst recht keinen gesetzlichen Rahmen. So ist z. B. das Sorgerecht derzeit nur durch maximal zwei Personen möglich. Dieser problematische Kontext staatlich geformter und bis auf weiteres durchgesetzter Vorstellungen von „Familie“ findet in verschiedenen Beiträgen Platz. Weitere Zwänge, die sich aus der Ökonomie und Lohnarbeit ergeben, kommen im Buch indes kaum vor. Das ist erstaunlich, denn dieser Bereich, ist neben der „Reproduktion“ derjenige, der die meisten Freiheitsverluste und andere Herausforderungen mit sich bringt. Trotz dieser Lücke im Blick auf ein wichtiges Bedingungs-feld, ist die Publikation ein wichtiger Beitrag zu einem in der radikalen Linken zu wenig kollektiv und öffentlich debattierten Thema – das doch gleichwohl das „private“ Leben bis in die letzten Poren bestimmt. ▶

BERND HÜTTNER

Almut Birken / Nicola Eschen (Hrsg.): **Links leben mit Kindern. Care Revolution zwischen Anspruch und Wirklichkeit; unrast Verlag, Münster 2020, 280 Seiten, 16 EUR.**

Blog: <https://linkslebenmitkindern.org/>

Der Antifa-AK an der HSD präsentiert
als Mitveranstalter

INPUT – antifaschistischer Themenabend:

Rassismus tötet: Keine Panne, keine „tragische Verwechslung“

**Institutioneller Rassismus und Tod in Gewahrsam: Haft und
Tod von Amad A. in der Justizvollzugsanstalt Kleve.**

Dienstag, 26. Mai 2020, 19:30 Uhr

Der Ort wird noch bekanntgegeben. Eintritt frei.

Referent*innen: NSU-Watch NRW

**ACHTUNG: Bitte behaltet wegen des Veranstaltungsortes,
etwaiger Auflagen und einer möglichen Absage die INPUT-
Facebook-Seite <https://www.facebook.com/Input-Antifaschistischer-Themenabend-213910642030868/> im Auge.**

Am 17. September 2018 brannte es in einem Haftraum der Justizvollzugsanstalt Kleve. Der dort Eingesperrte setzte über die Sprechanlage einen Notruf ab. Wann der Haftraum geöffnet und der Schwerverletzte geborgen wurde, ist zweifelhaft. Amad A. starb 12 Tage später. Den zuständigen Behörden und politisch Verantwortlichen im Innen- und Justizministerium NRW (beide CDU) wäre es allem Anschein nach sehr recht gewesen, den „Fall Amad A.“ unter den Teppich zu kehren. Doch die Recherchen von Journalist*innen und die Nachfragen der Angehörigen und Freund*innen von Amad A. sorgten dafür, dass ein Beschweigen nicht möglich ist. Noch im November 2018 setzte der Landtag NRW einen sog. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum „Fall Kleve“ ein. Es steht zu vermuten, dass die Verantwortlichen in Polizei und Ministerien sich mithilfe des Ausschusses auf Ausreden wie „Datenpanne“ oder „tragische Verwechslung“ herausreden werden. Dabei sind die Fragen zum Brandgeschehen in der JVA Kleve sowie dazu, warum Amad A. überhaupt seit Sommer 2018 eingesperrt war, weiterhin unbeantwortet. Welche Rolle spielten Freiheitsberaubung durch Polizei und Justiz, Datenmanipulation und Vertuschung? Wer ist verantwortlich dafür, dass der syrische Geflüchtete Amad A. – nach einer angeblichen Verwechslung – in Haft zu Tode kam? Wie lässt sich verhindern, dass der Staat den „Fall“ ad acta legt?

NSU Watch NRW hat den „PUA Kleve“, den Untersuchungsausschuss im Landtag von NRW, beobachtet. Die Initiative berichtet vom aktuellen Kenntnisstand zur Verhaftung und zum Tod von Amad A. und zieht eine Zwischenbilanz zur „Aufklärung“.

„INPUT – antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf“ existiert seit 2002 und findet zur Zeit an jedem letzten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr statt – im „Zentrum Hinterhof“, HSD-ASTA-Café „Freiraum“, zakk oder Buchladen BiBaBuZe. Aktuelle INPUT-Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis an der HSD und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD – Die Falken Düsseldorf.

Der Antifa-AK an der HSD präsentiert
als Unterstützer

Antifa-Camp: 30. Juli bis 2. August 2020 im Rheinland

Um der antifaschistischen Bewegung und Interessierten eine Möglichkeit zu bieten, sich abseits des Alltags kennenzulernen, auszutauschen und voneinander zu lernen, veranstalten antifaschistische Gruppen auch 2020 wieder das Kultur- & Politik-Festival „Sommer, Sonne, Antifa!“. Ein Camp in Corona-Zeiten? Na ja, wir werden sehen, wie die Situation im Sommer aussieht, jedenfalls wird die Veranstaltung nicht drei Monate vorher auf Verdacht abgeblasen. Im Gegenteil: Ein Austausch über laufende Entwicklungen ist nötiger denn je – abseits nerviger und unzureichender Telefonkonferenzen. Rechtsterroristische, unter anderem antisemitische Anschläge werden zur Regel, Wahlerfolge rechter Parteien befeuern das offene Erstarken des Faschismus, die Repression gegen antifaschistische Organisationen nimmt stetig zu, und der Staat rüstet auf und greift drastisch in bestehende Grund- und Freiheitsrechte ein. Gründe genug, sich nicht in Klopapierrollenberge einzubuddeln und auf den nächsten Frühling zu warten, sondern schnellst- und bestmöglich in die Diskussion und Praxis zu kommen. Nähere Infos online unter: sommersonneantifa.blackblogs.org

Diese Seite wird erstellt vom AStA der HSD.
V. i. S. d. P. ist der/die amtierende AStA-Vorsitzende.



KULTUR | WORKSHOPS | VERNETZUNG

SOMMER SONNE ANTIFA!

KULTUR-& POLITIK-FESTIVAL

30. JULI - 2. AUGUST IM RHEINLAND

WWW.ANTIFA.CAMP

Instagram: [sommersonneantifa_festival](https://www.instagram.com/sommersonneantifa_festival) Facebook: [sommersonneantifa](https://www.facebook.com/sommersonneantifa)



HINTERHOF

Unterstützt den Hinterhof! Spendet an:
KUPO e. V.
IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88 |
Stichwort: Hinterhof
Kontakt: info@linkes-zentrum.de

Im Linken Zentrum Hinterhof versammelt sich normalerweise ein breites Spektrum linker Gruppen. Aktuell ist nicht nur pandemiebedingt geschlossen, auch eine Renovierung war und ist geplant. Also haltet die Augen und Ohren offen, wie und wann es hier weitergeht!

In der TERZ-Rubrik „Cultige Zeiten“ bemühen wir uns stets, Termine und Angebote zusammenzufassen, wer wo was wann warum wofür wogegen organisiert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf selbstorganisierten Veranstaltungen und unabhängigen unkommerziellen Orten, die Angebote zur politischen wie kulturellen Meinungsäußerung und Raum für Diskussionen und gemeinsame Artikulation bieten. Und da geht gerade vor Ort bekanntlich nicht viel, denn diese Räume – in denen ihr in der Regel auch die gedruckte TERZ vorfindet – sind geschlossen oder aber nur in Kleinstgruppe ohne Verweilmöglichkeit zugänglich. Was also tun, in Zeiten, in denen Zeit anders verwendet werden muss oder kann? Denn neben Corona gibt es bekanntlich noch den leider schon normal gewordenen Wahnsinn ... und wenn z. B. die Stadt Düsseldorf eine Anmeldung des „1. Mai Bündnisses“ für 100 Personen auf der großen Wiese vor dem Landtag verbietet, obwohl das Bündnis ein markierungs- und ordnungsgestütztes Distanzkonzept vorgelegt hatte, während der Handel deutlich fröhlicher florieren darf, dann müssen unsere politischen Handlungsspielräume – konkrete und abstrakte – gerade jetzt erhalten und ausgebaut werden. Natürlich bietet da „das Netz“ eine Vielzahl von Möglichkeiten, um sich (alleine) sinnvoll zu beschäftigen: von Cocktail- oder Yogakursen über Konzerte, Lesungen und Dokumentationen per Instagram, Youtube & Co. sowie einer Menge lesenswerter Artikel und Beiträge. Wer nicht ins reanimierte Auto-Kino möchte, kann so die **66. Kurzfilmtage Oberhausen** als Online-Festival verfolgen: vom 13. bis 18.05. werden über 350 Filme online gestellt und Filmemacher*innen stellen ihre Arbeiten persönlich vor, jeden Abend geht ein DJ-Set online, Gespräche und Diskussionen vervollständigen das Programm. Auch die Düsseldorfer Filmkunstkinos bieten einen eigenen **Kino on Demand Service** (www.kino-on-demand.com/cinemas/filmkunstkinos). Beim ForumFreiesTheater (FFT) bietet das Game-Theater-Kollektiv machina eX mit **Lockdown** an fünf Abenden im Mai ein Spiel, das gemeinsam in der Messenger-App Telegramm gespielt wird (fft-duesseldorf.de). Und am 13.05. meldet sich das AK47 mit

einem Konzert von **Die Schwarzen Schafe** im Live-Stream ab 21h. Buchhandlungen dürfen inzwischen wieder öffnen und ein Besuch bei **BiBaBuZe** lohnt sich – nicht nur, weil es hier die **Print-TERZ** gibt – und hoffentlich öffnen einige Stadtbüchereien und die Museen noch im Mai. Ansonsten seien die vielfältigen Online-Beiträge der **Mahn- und Gedenkstätte** empfohlen – die man jetzt auch virtuell in 3D besuchen kann (<https://art.vision/mahn-und-gedenkstaette>) – wie die Facebook-Beiträge der Reihe „Im Kessel - 17 Tage im April“, in der das Kriegsende und die Befreiung Düsseldorfs vor 75 Jahren anhand von 17 Geschichten und Fotos vom 1. April (Schließung des Ruhrkessels) bis zum 17. April 1945 (Befreiung der Stadt und Kriegsende an Rhein und Ruhr) erinnert wurde, sowie die Reihe „Jeder Mensch hat einen Namen“, die an die 2.587 ermordeten Düsseldorfer*innen während der Shoah erinnert, indem stellvertretend die Lebensgeschichten einiger weniger erzählt werden. Jetzt den Arsch hochkriegen, sich einmischen und einbringen: Inzwischen ist absehbar, dass die Pandemie gerade Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und Lebenssituationen besonders heftig trifft und gerade in der von Handel- und Dienstleistungen geprägten Stadt Düsseldorf mit hohen Lebenshaltungskosten nimmt das Armutsrisiko für viele deutlich zu. Ganz konkret kann z. B. das Engagement des **Zakk** gemeinsam mit fiftyfifty einer **Lebensmittelausgabe** für arme Menschen mit Sach-, Geld- und Zeitspenden unterstützt werden – ebenso wie die Altstadt-**Armenküche**, die inzwischen mit über 200 Mahlzeiten täglich die Ausgabe verdoppelt hat müssen. Auch die Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative **Stay!** – die Menschen in prekären aufenthaltsrechtlichen Situationen unterstützt mit medizinischer Hilfe und Rechtsberatung – arbeitet weiter. Nicht nur diese konkreten Hilfen gilt es auszubauen, auch Diskussionen des solidarischen und politischen Umgangs mit dieser Situation – wie z. B. Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens – gilt es anzustoßen. Sehenswert bleibt auch der virtuelle **investorenkritische Spaziergang** durch Düsseldorf-Oberbilk vom Bündnis bezahlbarer Wohnraum (<https://bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de/virtueller-investorenkritischer-stadtrundgang>), geplant anlässlich des Housing Action Days im März. So versucht sich **Politischer Protest 2.0** online, wie auch die Kampagne **#LeaveNoOneBehind** der Seebücke gegen die unmenschlichen Bedingungen für geflüchtete Menschen an der EU-Außengrenze oder die Aktionen der Klimabewegung **Fridaysforfuture** zeigen.

Zakk...

2020

Eine Wette auf die Zukunft:

Zakk Gutscheine kaufen

www.zakk.de